

Berlin, Dienstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche
zwölfmal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich
für Berlin 7 M., 50 Pf., ohne Postporto,
für ganz Deutschland 9 M.,
Österreich 13 M., 50 Pf., Rußland
4 Rub. 55 Kop., Holland 7 fl. 50 Gt.

Für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-
Sendung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
für England in London bei
Jung, Siegle 30 Abchurch Lane, London
E.C. 4, und
Comie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Viehzuchtlisten der
Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Fortsetzungstabellen
mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf.
Reklameteil 1 M.

Fernsprecher:

Zentrum, Nr. 243.

Telegraphen-Adresse:
Börsenfrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: Zu der Expedition.

Vom Tage.

Im englischen Unterhause, das in allen Teilen
dicht besetzt war, hielt gestern Staatssekretär Grey
die angekündigte Rede über die auswärtige
Politik.

Kaiser Franz Josef empfing gestern den König
der Bulgaren in Pestobaudenz.

Im gestrigen französischen Ministerrat wurde
General Touche infolge der Zwischenfälle von
Nobéba zur Disposition gestellt.

Wie aus Peking gemeldet wird, haben die kaiser-
lichen Truppen bei den Angriffen auf Sanyang die
Forts glücklich und Metzschuan sowie den Schil-
friedensengel eingenommen.

Die Erklärungen Sir Edward Greys.

Die Erklärungen, die der englische Staatssekretär
des Auswärtigen im Unterhause über die Stellung
Großbritanniens zu der Marokkofrage gegeben hat,
sind ganz in dem Sinne gehalten, der allgemein er-
wartet worden war. Sir Edward Grey wiederholte
eigentlich nur die Ausführungen Herrn v. Aderlens
in der Kommission, wobei er natürlich bemerkt war,
die Tatsachen so zu gruppieren, daß sie die feinerzeit
in London vertretenen Anschauungen zu recht fertigen
scheinen, aber es geschieht dies in einer Form, die nützlich
verleihen kann. Der englische Staatssekretär gab sogar
zu, daß sein deutscher Kollege zu entschuldigen sei, wenn er
wegen die diplomatischen Verpflichtungen Bericht
über Unterredungen mit fremden Staatsmännern ver-
einfacht habe, ohne deren Zustimmung vorher einzu-
holen. Grey sagt dann weiter: Der deutsche
Reichskanzler und der deutsche Staatssekretär des
Auswärtigen Amtes haben bereits ein Mißverständnis
erleidet. Man hat in einigen Kreisen ange-
nommen, daß Deutschland gegen die französische
Aktion, das heißt gegen den Marock nach Fez über-
haupt protestiert und daß Frankreich angeht
eines deutschen Protestes auf dem Marock bestanden
habe. Die deutsche Regierung hat dargelegt, was die
deutsche Ansicht wirklich gewesen ist, und ich habe
keinen Kommentar dazu zu geben und mich strikt
daran zu halten. Meine Erzählung beginnt also mit
dem 1. Juli. In diesem Tage kam der deutsche
Botschafter auf das Auswärtige Amt und machte
folgende Mitteilung. — Es folgt das bereits in dem Be-
richt der Subkommission des Deutschen Reichstages
wiedergegebene Aide-mémoire vom 30. Juni. —
Der „Panther“ war, glaube ich, damals auf dem
Wege nach Agadir. Aber in der Erklärung des
Botschafters, welche diese Erklärung begleitete, war
noch mehr enthalten. Diese Mitteilung war begleitet
von einer Erläuterung, die erkennen ließ, daß die
deutsche Regierung eine Rückkehr zum Status quo in
Marokko als zweifelhaft, wenn nicht als unmöglich
betrachtet und daß, was sie ins Auge faßte, eine
definitive Lösung der marokkanischen Frage zwischen
Deutschland, Frankreich und Spanien war. Die Mit-
teilung wurde am Sonnabend gemacht, und sie ließ
darauf schließen, daß das ins Auge gefaßte wirkliche
Ziel eine definitive Lösung der ganzen marokkanischen
Frage war. Am folgenden Montag teilte ich dem
deutschen Botschafter mit, daß ich mit dem Premier-
minister gesprochen habe, und daß wir die durch
die Entsendung des „Panther“ nach Agadir ge-
schaffene Situation als so wichtig betrachteten,
daß sie in einer Sitzung des Kabinetts erörtert
werden müßte. Ich wollte bis zu dieser Kabinetts-
sitzung nichts weiter sagen, aber ich möchte, daß
die deutsche Regierung sofort erfahre, daß nach
unserer Ansicht die Lage ernst und wichtig sei. Ich
lah den deutschen Botschafter am 4. Juli wieder und
sagte, ich müsse ihm mitteilen, daß unsere Haltung

bezüglich Marokkos keine uninteressierte sein könne.
Wir müßten unsere Vertragsverpflichtungen gegen
Frankreich und unsere eigenen Interessen in Marokko
in Betracht ziehen. Wir seien der Ansicht, daß durch
die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes
nach Agadir eine neue Situation geschaffen
sei. Die künftigen Entwicklungen könnten
vielleicht die britischen Interessen direkter berühren,
als sie bisher berührt worden seien, und daher
könnten wir keine neuen Arrangements anerkennen,
zu denen man ohne uns gelangen könnte. Ich machte
es ganz klar, daß diese Mitteilung und die von mir
gebrauchten Worte genau die von Seiner Majestät
Regierung seien. Nun folgte eine Periode des
Schweigens. Der deutsche Botschafter hatte keinen
Anspruch, mir irgend eine Bemerkung bezüglich meiner
Mitteilung zu machen, und wir erhielten keine Mit-
teilung von der deutschen Regierung über das, was
ihre Wünsche und Ziele seien oder woran sie gedacht
habe, als sie von einer definitiven Lösung des
marokkanischen Problems sprach.

Hierin liegt der Ursprung der Differenzen, die zwischen
London und Berlin bestanden haben. Der englische
Staatssekretär gibt sich den Anschein, als ob er über
die Absichten Deutschlands im Unklaren gelassen und
deshalb genötigt worden sei, bestimmte Erklärungen
zu verlangen. In dem oben erwähnten Aide-mémoire
heißt es aber ausdrücklich: Bei der durch die Macht
der Tatsachen geschaffenen Lage sahen wir uns
gezwungen, der Bitte einer Reihe namhafter Kauf-
leute nachzukommen und die Sicherung von
Leben und Eigentum deutscher Reichs-
angehöriger und Schutzgenossen im Süden
Marokkos solange selbst in die Hand zu
nehmen, bis geordnete Zustände im Lande wieder
gekehrt, hätten aber keinesfalls die Absicht,
Frankreich wegen seines Vorgehens irgend-
welche Vorhalte zu machen. Nach Lage der
Dinge könne es fraglich erscheinen, ob es Frankreich
möglich sein würde, zu dem Status quo von 1906
zurückzuführen. Wir seien daher eventuell bereit, mit
Frankreich gemeinsam einen Weg, der auch den
Interessen der übrigen Signatarmächte ent-
spräche, zu einer endgültigen Verständigung
über die Marokkofrage zu suchen. Es geht
aus diesen Auslassungen unweifelhaft hervor, daß
Deutschland garnicht daran dachte, die Aktion
Frankreichs zu behindern, und daß es, um
einer unheilbar gewordenen Situation ein
Ende zu machen, eine endgültige Verständigung
herbeizuführen suchen wollte, die auch den
Interessen der anderen Signatarmächte, also speziell
auch Englands, gerecht würde. Aber die englische
Regierung wollte diese bündige Erklärung nicht
verstehen, sie drängte auf weitere Aufschlüsse, die ja nach
Lage des Sachverhalts garnicht gegeben werden
konnten, und erregte dadurch in Berlin das gewiß
verständliche Mißtrauen, daß in London das Ver-
stehen bestände, eine direkte Einigung zwischen Deutsch-
land und Frankreich zu hinterreiben. Und da zu
gleicher Zeit die französische Regierung sich wenig ent-
gegenkommend zeigte, die französische Presse allerlei
Einschülfungen über militärische Abmachungen mit
England brachte, entstand jene hochgradige
Verstimmung, die erst in den letzten Wochen in etwas
beruhigt werden konnte, und zwar lediglich durch das
entschlossene Auftreten der deutschen Politik, das in
England glücklicherweise richtig eingeschätzt worden
ist. Heute wird man sich vielleicht, bei besserer
Kenntnis der Situation, sagen, daß die Stellung-
nahme Englands nur ein Miß- und ein Einschüchterungs-
versuch gewesen ist, denn sonst wäre es schwer
verständlich, daß Grey vom 4. bis zum 21. Juli ge-
schwiege hat, ehe er eine erschöpfende Ausprache mit
dem deutschen Botschafter in London herbeiführte.

Sir E. Grey führte dann weiter aus: Aus anderen
Streifen gelangten einige Mitteilungen an uns, die
uns besorgen ließen, daß die von Deutschland ins

Auge gefaßte Regelung eine Teilung Marokkos sein
könnte, und zwar durch Verhandlungen, zu denen
man uns nicht hinzuzuziehen beabsichtigte. Es ist
natürlich vollständig richtig, daß wir uns in
Marokko durch das Abkommen mit Frank-
reich von 1904 politisch desinteressiert hatten,
aber beim Abschluß dieses Abkommens hatte
die frühere britische Regierung gewisse wirtschaft-
liche und strategische Bedingungen stipuliert. Diese
hätten durch eine neue Regelung bezüglich Marokkos
gestiftet werden können, und das war der Grund,
warum wir uns über das beunruhigten, was ge-
schehen könnte. Der kritische Botschafter in Berlin
hatte am 12. Juli Gelegenheit, den deutschen Staats-
sekretär des Auswärtigen Amtes über einige weniger
wichtige Fragen zu sprechen, und ergriff die Gelegenheit
zu sagen, daß einmal von einer Unterhaltung zu
Dreien zwischen Deutschland, Frankreich und
Spanien gesprochen worden sei, woraus zu schließen
wäre, daß wir davon ausgeschlossen werden
sollten. Der Staatssekretär sagte unserem Bot-
schafter, er möge uns mitteilen, daß niemals irgend ein
Gedanke an eine solche Unterhaltung existiert habe.
Aber ausgenommen diese negative Erklärung erhielten
wir von der deutschen Regierung keine weitere Mit-
teilung. Etwas später ließ es in der Presse, daß
die deutsche Regierung mit Bezug auf Französisch-
Kongo Forderungen von einer Ausdehnung ge-
stellt habe, daß offenbar weder die französische
Regierung noch die französische Kammer hätte
zustimmen können, und ich wurde befragt wegen
der künftigen Entwicklung der Marokkofrage.
Ich sprach daher am 21. Juli mit dem deutschen
Botschafter und sagte ihm, ich möchte keinen Zweifel
darüber bestehen lassen, daß unser Stillschweigen nicht
so verstanden werden dürfe, als ob wir an der
marokkanischen Frage nicht das Interesse nehmen
würden, das in unserer Erklärung vom 4. Juli
ausgesprochen worden war. Wir hätten ge-
wünscht, daß eine Verichtigung der Grenze von
Französisch-Kongo als Grundlage für die Ver-
handlungen mit Frankreich vorgezogen worden
sei. Wir hielten es für möglich, daß auf dieser Basis
eine Verständigung zwischen Deutschland und Frank-
reich erreicht werden könnte, welche die britischen
Interessen nicht berührte. Wir würden uns sehr
freuen, wenn dies geschehen sollte, und in der Hoffnung,
daß dies geschehe, hätten wir uns bisher beiseite ge-
halten. Aber ich sei ängstlich geworden durch Mit-
teilungen, die tags zuvor über die von der deutschen
Regierung an die französische gestellten Forderungen
erhielten seien. Forderungen, welche tatsächlich keine
Grenzberichtigung, sondern eine Abtretung von Fran-
zösisch-Kongo bedeuteten und denen offenbar die fran-
zösische Regierung unmöglich zustimmen könnte.
Ueberzeugend können die Auslassungen des Mi-
nisters kaum wirken, sie lassen sich so garnicht mit
den Tatsachen vereinbaren; aber das ist auch offen-
bar gar nicht ihr Zweck. Sie sind nur zum Feind
hinausgeschrien und verfolgen lediglich das Ziel,
die schwüle Atmosphäre zu reinigen, und von
diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, können wir
sie mit Verzeigung begrüßen. Deutschland ist
weit davon entfernt, im folgen Bewußtsein seiner
Macht gleich an das Schwert zu schlagen,
aber noch weniger ist es gewillt, sich durch Drohungen
von der Förderung seiner berechtigten Interessen ab-
schrecken zu lassen. Daß man in London und Paris
endlich zu dieser Erkenntnis gekommen ist, und dazu
haben auch die sonst etwas allzu leidenschaftlichen
Debatten im Reichstage beigetragen, können wir als
einen nicht gering einzuschätzenden Erfolg in Anspruch
nehmen. Trotz anfänglichen Widerstands hat man
sich auch in London veranlaßt gesehen, die Verständig-
ung zwischen Deutschland und Frankreich als ein
fait accompli zu betrachten, und das kann uns vor-
läufig genügen.